

## THOMI JOURDAN IN DIE REGIERUNG

KOMPETENT – ERFAHREN – OFFEN



Am 9. Juni wählen wir erneut einen Regierungsrat für den im Februar überraschend verstobenen Peter Zwick. Zur Wahl stellen sich CVP-Kandidat Anton Lauber und von der EVP Thomi Jourdan.

Der Vorstand der Grünen Baselland sowie die Mitgliederversammlung sprachen sich sehr deutlich für die Unterstützung Thomi Jourdans aus. Jourdan überzeugt mit seiner langjährigen und breiten Erfahrung: Er sass während neun Jahren im Landrat und politisiert heute als Gemeinderat in Muttenz, wo er das Departement Hochbau und Planung leitet. Nach seiner langjährigen Tätigkeit

als stellvertretender Geschäftsführer bei der Stiftung Jugendsozialwerk, wo er als Streetworker in verschiedenen Gemeinden arbeitete, ist der Ökonom lic.rer.pol. und Coach/Supervisor heute als Kadermitglied eines Spitals in der Region tätig.

In Sozial-, Energie- und Mobilitätsfragen steht Jourdan den Grünen näher als sein Gegenkandidat Lauber. Letzterer macht sich seit Jahren für die Südumfahrung stark, eine autobahnähnliche Schnellstrasse quer durchs Naherholungsgebiet des Leimentals. Besonders entscheidend erachte ich die Erfahrung und den Leistungsausweis Jourdans in der Gesund-

heits- und Spitalpolitik; in diesem Bereich braucht unser Kanton eine kompetente und offene Person, die nach Jahren des Stillstands im Gesundheitssektor unsere Region wieder vorwärts bringt und die Zusammenarbeit mit den Baslerinnen und Baslern nicht scheut. Thomi Jourdan ist genau die richtige Person für den vakanten Sitz und er steht mit seinen 38 Jahren für einen Generationenwechsel in unserer Regierung.

Florence Brenzikofer, Präsidentin

PS: Bitte unterstützen Sie das Engagement der Grünen für die Regierungsratswahl von Thomi Jourdan. Siehe beiliegenden Einzahlungsschein.



Lotti Stokar, Landrätin Oberwil

## Autofreie Siedlungen – mehr Grün zum Leben

Am 28. Februar überwies der Landrat meine Motion «Autofreie Siedlungen: Ausnahmen von der Pflicht, Parkplätze zu erstellen». In Zukunft soll verdichtet gebaut werden. Das führt zu mehr Wohnraum und mehr Menschen auf weniger Raum. Bis anhin ging man davon aus, dass pro Wohnung mindestens ein Auto besteht und darum auch ein Parkplatz gebaut werden muss (damit diese Autos nicht auf dem öffentlichen Grund stehen). Es gibt jedoch immer mehr Leute, die auf ein eigenes Auto verzichten. Mit dem öV, Mobility, Velo oder zu Fuss sind sie mobil genug. Sie tragen dazu bei, dass der Verkehrsstau nicht noch grösser wird.

Wenn sich im Baselbiet in Zukunft eine Siedlung und deren BewohnerInnen verpflichtet auf ein eigenes Auto zu verzichten, wird es dank der neuen gesetzlichen Regelung möglich sein, Ausnahmen von der Parkplatzpflicht zu machen. In Ostermündigen bei Bern entsteht aktuell eine solche Siedlung mit rund 100 Wohnungen, zehn Parkplätzen für Mobility und 500 Plätzen für Velos (Einstellhalle). Die Eigentums- und Mietwohnungen sind bereits beinahe alle vergeben. Was in Bern oder auch in Zürich bereits Praxis ist, soll nun auch im Baselbiet möglich werden.

## Nein zur Asylgesetzrevision

Das Parlament beschloss, infolge des Anstiegs an Asylgesuchen einige Änderungen im Asylgesetz.

Diese Revision enthält mehrere Verschärfungen, wobei hier nur einige genannt werden. Zum einen soll Desertation nicht mehr als alleiniger Asylgrund gelten, d.h. wer sich weigert für einen unerbittlichen Regimeführer zu kämpfen und deshalb fliehen muss, soll nicht mehr als Asylsuchender aufgenommen werden – bestenfalls wird ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht gewährt. Zudem soll die Möglichkeit abgeschafft werden, auf einer Schweizer Botschaft im Ausland ein Asylgesuch

stellen zu können. So müssten sich Asylsuchende auf den oftmals sehr schwierigen Weg in die Schweiz machen, um ihr Gesuch einzureichen. Gerade für Kinder und ältere Menschen birgt dieser Weg viele Gefahren, beispielsweise bei der Überfahrt mit Schlepperbooten. Des Weiteren sieht die Revision vor, die Verfahren zu beschleunigen. Tatsächlich werden jedoch nur die Beschwerdefristen für die Asylanten gekürzt. Dies ist wiederum eine Beschneidung ihrer Rechte. Die Grünen empfehlen ein Nein zur Asylgesetzrevision.

Janine Eggs, junges grünes bündnis nordwest

## Nein zu «Volkswahl des Bundesrates»

Nachdem die Bundesversammlung bei den Bundesratswahlen nicht immer die unmittelbaren Interessen der SVP-Parteioberen umzusetzen bereit war, soll es nun die Initiative zur Volkswahl des Bundesrates richten.

Es erstaunt nicht, dass dieser Vorschlag von jener Partei kommt, die über die grössten finanziellen Mittel verfügt. Es wäre jedenfalls eine Illusion anzunehmen, die Grünen – die bezüglich der finanziellen Ausstattung bekanntlich am entgegengesetzten Ende der Skala stehen – könnten hier mithalten und sich auf diesem Weg einen Sitz in der Landesregierung sichern. Ein Bundesrat im

Dauerwahlkampf ist ohnehin nicht das, was wir uns wünschen. Und die Demokratie, die von der ausbalancierten Verteilung zwischen den Rechten der Behörden und jenen des Volkes lebt, würde durch diese Kompetenzverschiebung auch nicht gerechter. Da gäbe es bessere Mittel, um dies zu erreichen, z. B. mit mehr Transparenz bei der Parteienfinanzierung oder mit einer Verfassungsgerichtsbarkeit, die diesen Namen verdient. Die Grünen empfehlen ein Nein zur SVP-Initiative über die Bundesratswahl.

Lukas Ott, Stadtpräsident, Liestal

## Ja zur «Transparenz-Initiative»

Die Transparenz-Initiative der Juso fordert die Aufnahme eines neuen Paragraphen zur Offenlegungspflicht, welcher in der Kantonsverfassung verankert werden soll. Sie verlangt die Offenlegung der Finanzierung von Parteien, politischen Organisationen und Komitees, die sich

an kantonalen und kommunalen Abstimmungen und Wahlen beteiligen. Zudem fordert sie Transparenz, d.h. Angabe der Namen, bei Spenden über 1000 Franken für juristische Personen und über 5000 Franken für natürliche Personen. Für die Überprüfung der Richtigkeit der Angaben

soll der Regierungsrat oder eine von ihm bezeichnete, unabhängige Stelle zuständig sein.

Gegner der Volksinitiative heben den Verwaltungsaufwand für die Kontrolle der Finanzflussmittel, die Kosten und die vielen Umgehungsmöglichkeiten hervor. Die Grünen sind hingegen überzeugt davon, dass

Transparenz das Vertrauen in die Politik fördert. Wir wehren uns zudem dagegen, dass sich Wirtschaftszweige oder Verbände hinter verschlossenen Türen mit erheblichen Mitteln in der Politik engagieren und Kampagnen finanzieren. Die Grünen empfehlen Ja zur Transparenz-Initiative.

Regina Werthmüller, Landrätin Sissach

## Ja zum Sammlungszenrum Augusta Raurica

Der Landrat beschloss im November 2012 mit 51 zu 35 Stimmen einen Kredit über 1.65 Mio Franken zur Projektierung eines Sammlungszenrums Augusta Raurica mit neuen Arbeitsplätzen und archäologischen Depots. Die geschätzten Kosten für den Neubau betragen in einer ersten Etappe ab 2017 ca. 19 Mio. für dringendst notwendige Arbeitsplätze (z.B. Arbeitssicherheit) und in einer zweiten späteren Etappe ca. 14 Mio. für einen Neubau eines Archäologielagers.

Die FDP und SVP haben aus Kostengründen das Referendum dagegen ergriffen. Mögliche Alternativen wie

Einmietungen und Containerlösungen wurden vom Kanton ausführlich geprüft (seit 15 Jahren) und erwiesen sich langfristig teurer als ein Neubau. Aus Sicht der Grünen ist es unserem Kanton nicht würdig für DAS touristische Highlight im Baselbiet, welches sogar als Unesco Weltkulturerbe in Diskussion ist, weiterhin Containerlösungen für die Mitarbeiter anzubieten und die Fundgegenstände in wenig geeigneten Lagern aufzubahren. Die Grünen empfehlen Ja zum Projektierungskredit für das Sammlungszenrum Augusta Raurica.

Michael Vollgraff, Landrat Aesch

## 2xJa zur Harmonisierung der Ausbildungsbeiträge

Künftig leistet der Bund nur noch Ausbildungsbeiträge im Tertiärbereich (Universitäten, Fachhochschulen), nicht mehr aber auf der Sekundarstufe II (Gymnasium, Fachmittelschulen). Die Kantone müssen für diesen Bereich selber Mindeststandards definieren. Dies geschieht mit dem Stipendien-Konkordat, das am 9. Juni zur Abstimmung vorliegt. Das Stipendien-Konkordat bringt Vorteile: Die Chancengleichheit zwischen allen Studierenden unabhängig von Wohnkanton oder Nationalität wird gefördert und damit

der Zugang zur Bildung erleichtert. Stipendien erhielten in unserem Kanton bislang nur Personen mit Schweizer Bürgerrecht, solche mit einer Niederlassungsbewilligung und anerkannte Flüchtlinge. Neu sollen auch Personen in den Genuss von Ausbildungsbeiträgen kommen, die seit mindestens fünf Jahren im Besitz einer Aufenthaltsbewilligung sind. Eine gute Bildung erhöht die Chance einer erfolgreichen Integration markant.

Die Vorlage wird kostenneutral umgesetzt: Einerseits wird die Anzahl →

## Regierungsratskommentar



Isaac Reber, Regierungsrat und Vorsteher der Sicherheitsdirektion

### Die «offenen» Grenzen

Das Thema Sicherheit beherrscht seit Monaten mediale und politische Diskussionen. Fakten werden mit Populismus bisweilen bis zur Unkenntlichkeit verwässert. Deshalb die nüchternen Zahlen zur Rekapitulation: Das Baselbiet ist mit 50,6 Straftaten pro tausend Einwohner einer der sichersten Kantone der Schweiz (Durchschnitt CH 78,9).

Im Baselbiet haben wir nur ein echtes Sicherheitsproblem: die Kriminaltouristen. Die Personenfreizügigkeit bringt uns Wohlstand, aber auch unwillkommene Gäste. Die kommen über die Grenze, brechen ein und verschwinden wieder. Da haben wir 2012 leider kräftig zugelegt. Daran seien die «offenen» Grenzen seit Schengen schuld, werden einige nicht müde zu beschwören. Wie erklären sie dann, dass die Einbruchszahlen der späten 90er Jahre bis zu 25 Prozent höher als heute lagen? Gar nicht. Und ehrlich: Die Grenzen zu Frankreich waren immer «offen». Da wurde auch vor Schengen nie lückenlos kontrolliert und das würde uns bei den vielen Grenzgängern wirtschaftlich lahm legen. Das Dreiländerleck ist ein Trumpf unserer Region. Dennoch: Es braucht mehr Grenzkontrollen. Deshalb habe ich mit den Kantonen AG und BS erwirkt, dass wir mehr Grenzwächter erhalten - Handeln wo es nötig ist.

bezugsberechtigter Personen ausgeweitet, was Mehrkosten verursacht. Andererseits werden für Ausbildungen, die kürzer als ein Jahr dauern, keine Stipendien mehr bezahlt, womit Kosten gespart werden. Die Höchstansätze für Ausbildungsbeiträge umfassen auf der Sekundarstufe II mind. 12'000 Franken, auf der Tertiärstufe mind. 16'000 Franken. Der jährliche Höchstansatz erhöht sich um 4'000 Franken für jedes unterhaltspflichtige Kind. Die Grünen empfehlen ein Ja zum Stipendien-Konkordat und ein Ja zu den notwendigen Gesetzesänderungen über Ausbildungsbeiträge.

Jürg Wiedemann, Landrat Birsfelden

## Energiestrategie mit Mängeln

Dank einem Vorstoss der Grünen beauftragte der Landrat die Regierung, die nach der AKW-Katastrophe in Fukushima und dem AKW-Ausstiegbeschluss des Bundesrates veraltete Energiestrategie zu überarbeiten.

Die neue Energiestrategie 2012 bringt einige Verbesserungen, weist aber auch gravierende Mängel auf. Wir Grüne kritisieren vor allem folgende Punkte:

- Der Bereich Verkehr fehlt vollständig, obwohl er mit 23% einen

grossen Teil des Baselbieter Energieverbrauchs umfasst. Zudem erteilte das Volk der Regierung in einer Abstimmung im Jahr 2010 einen klaren gesetzlichen Auftrag (Energiegesetz § 1, Absatz 3 «Im Bereich der Mobilität unternimmt der Kanton im Rahmen seiner Möglichkeiten alles, um den CO2-Ausstoss massgeblich zu senken»).

- Die Regierung plant den Bau eines Gas- und Dampfkraftwerks, obwohl der Landrat die Prüfung von möglichen Standorten ablehnte und sich auch die Gemeinde Muttenz gegen einen solchen Bau aussprach, indem sie entsprechende rechtliche Regelungen verabschiedete.

- Die in der Strategie angenommenen Potentiale der Energieträger Sonne und Wind sind zu klein und bei der Geothermie fehlt die Angabe des Potenzials sogar komplett. Die der Strategie zugrunde liegenden Daten stammen zudem aus dem Jahr 2006.

Die Energiestrategie der Regierung dient als Grundlage für die Totalrevision des Energiegesetzes. Wir Grüne werden bei der Überarbeitung des Gesetzes unsere Kritik und Verbesserungsvorschläge erneut einbringen.

Björn Schaub, Geschäftsführer

## BITTE UNTERSCHREIBEN

### AHVplus-Initiative

Die Initiative AHV plus verlangt die Erhöhung aller AHV-Altersrenten um 10 Prozent. Die Initiative wurde vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund mit einer breiten Allianz lanciert. Die Grünen unterstützen diese Initiative, weil damit ein wichtiger Schritt zur Stärkung der sozialen Sicherheit im Alter gemacht wird. [www.ahvplus-initiative.ch](http://www.ahvplus-initiative.ch)

### Klimapetition

Die Jungen Grünen Schweiz fordern zusammen mit dem WWF, Greenpeace und weiteren Organisationen, dass das Schweizer Klima unter Schutz gestellt wird: Es soll auf die Liste des UNESCO Weltnaturerbe aufgenommen werden. [www.klimapetition.ch](http://www.klimapetition.ch)

## Parolenkasten 9. Juni 2013

### Kantonale Vorlagen

**JA** zur «Transparenz-Initiative - Stoppt die undurchsichtige Politik»

**JA** zum «Neubau des Sammlungszentrum Augusta Raurica, Projektierungskreditvorlage»

**JA** zur «Interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen (Stipendien-Konkordat)»

**JA** zur Änderung des «Gesetzes über Ausbildungsbeiträge»

### Eidgenössische Vorlagen

**NEIN** zur Volksinitiative «Volkswahl des Bundesrates»

**NEIN** zur Änderung des «Asylgesetzes»

## Agenda

**22. Juni, 10.00–22.00 Uhr**  
**und 23. Juni 10.00–18.00 Uhr**

Einweihung Karstlehrpfad Kaltbrunnental-Brislachallmet in Zwingen / Grellingen / Himmelried. [www.karstlehrpfad.ch](http://www.karstlehrpfad.ch)

**26. Juni, 20.00 Uhr**

Gespräch: EinBasel «Unser Kanton nach der Fusion». Im reformierten Kirchgemeindehaus zum Guggel, Therwil. Eine Zukunftswerkstatt mit Lukas Ott, Stadtpräsident Liesetal, Autor des Buches «grenzenlos» und Lea Hungerbühler, Studentin Recht und Wirtschaft Universität St. Gallen, ehem. Jugendrätin BL.

**15. August, 19.00 Uhr**

Mitgliederversammlung Grüne BL in Laufen, Kulturzentrum alts Schlachthuus.  
Mit Regula Rytz als Gast (Co-Präsidentin der Grünen Partei Schweiz).

### IMPRESSUM

Herausgeber: Grüne BL, Güterstrasse 83  
4053 Basel

Redaktion: [info@gruene-bl.ch](mailto:info@gruene-bl.ch)

Auflage: 1500 Ex.

gedruckt auf Cyclus Offset, 100% Recycling

Werden Sie Mitglied ([www.gruene-bl.ch](http://www.gruene-bl.ch)) oder unterstützen Sie die Grünen BL mit einer Spende (PC-Konto 40-7608-1). Merci.